

Beteiligungserklärung SoWo Leipzig eG

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

E-Mail: _____

Telefon: _____ (optional)

Ich beantrage hiermit die Aufnahme in die SoWo Leipzig eG.

Ich möchte mich mit insgesamt _____ Anteilen (in Worten _____) an der SoWo Leipzig eG beteiligen (mind. 1, maximal 500). Ich verpflichte mich, die nach Satzung und Gesetz vorgesehenen Zahlungen in Höhe von 100 € je Geschäftsanteil zu leisten. Insgesamt verpflichte ich mich daher, _____ € (in Worten _____ €) zu leisten. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Satzung eine Kündigungsfrist von 2 Jahren zum Ende des Geschäftsjahres bestimmt. Die Satzung der SoWo Leipzig eG ist mir ausgehändigt worden. Die angehängte Datenschutzerklärung habe ich zur Kenntnis genommen. Nach Bestätigung durch die Genossenschaft überweise ich die Gesamtsumme auf das Konto der SoWo Leipzig eG.

Optional (falls nicht zutreffend streichen)

Ich möchte als investierendes Mitglied gemäß § 6 in die Mitgliederliste eingetragen werden. §15; Abs 5 der Satzung („Kein Stimmrecht für investierende Mitglieder“ ist mir bekannt.)

Ich beantrage Ratenzahlung gemäß Satzung § 7 in folgenden Raten
_____.

(Ort, Datum)

(Unterschrift Mitglied)

Zulassung durch die Genossenschaft:

Dem Antrag wird entsprochen:

(Ort, Datum, Unterschrift)
Vorstand

(Ort, Datum, Unterschrift)
Vorstand

(Ort, Datum, Unterschrift)
Aufsichtsrat

(Ort, Datum, Unterschrift)
Aufsichtsrat

für Beitritt

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

SoWo Leipzig eG | Georg-Schwarz-Str. 19 | 04177 Leipzig

Wir erheben mit dem Beitrittsantrag Daten aus folgenden Gründen:

Der **Name** und die **Anschrift** werden für die Mitgliederliste der Genossenschaft benötigt.

Hierzu sind wir gesetzlich verpflichtet.

(Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 c DS-GVO in Verbindung mit § 30 Abs. 2 GenG)

Über die **E-Mailadresse** laden wir Mitglieder zu Versammlungen der Genossenschaft ein und versenden Informationen an die Mitglieder zu aktuellen Entwicklungen in der Genossenschaft.

Diese Daten benötigen wir, um den Pflichten gegenüber den Mitgliedern gerecht zu werden.

(Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO in Verbindung mit § 46 Abs. 1 und § 6 Nr. 4 GenG in Verbindung mit § 15 Abs. 1 unserer Satzung)

Die Angabe der **Telefonnummer** ist freiwillig – sie erleichtert uns die Kontaktaufnahme bei Rückfragen oder auch falls Post oder E-Mails unzustellbar sind.

(Rechtsgrundlage ist Art 6 Abs. 1 a DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergeleitet, soweit nicht im Einzelfall dafür eine Einwilligung erteilt wird. Ausnahme: Im Rahmen der Buchhaltung unterstützen uns ein externer Buchhalter und Steuerberater in unserem Auftrag. Dieser kann im Rahmen seiner Tätigkeit einzelne personenbezogene Daten (z.B. Überweisungen Mitgliedsbeiträge) einsehen.

(Rechtsgrundlage ist Art 6 Abs. 1 b/f DS-GVO).

Wir sind darüber hinaus gesetzlich verpflichtet, in einigen Fällen Dritten die Einsicht in die personenbezogenen Daten zu gewähren. Das betrifft zum Beispiel andere Mitglieder (z.B. wenn dieses eine Generalversammlung einberufen will) den Prüfverband oder Behörden, insbesondere das Finanzamt.

für Beitritt

Aufbewahrungsfristen

Die Daten werden unterschiedlich lang aufbewahrt: alle steuerlich relevanten Informationen werden zehn Jahre lang aufbewahrt (§ 147 AO), die Mitgliedschaft wird zwar bei Austritt gekündigt, die Mitgliederliste jedoch auch nach dem Austritt nicht gelöscht.

(Das schreibt § 30 Abs 2 Satz 1 Nr. 3 GenG vor.)

Rechte

Sie haben das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung (soweit dem wie im § 30 Abs 2 Satz 1 Nr. 3 GenG nicht eine gesetzliche Regelung entgegensteht). Darüber hinaus haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, z.B. hier:

Sächsischer Datenschutzbeauftragter

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

<https://www.saechsdsb.de/>

Satzung der SoWo Leipzig eG

[Stand: Beschluss Generalversammlung am 27.04.2017]

§ 1 Präambel

Die Genossenschaft will dauerhaft bezahlbare und selbstbestimmte Räume schaffen und erhalten. Sie stärkt solidarische Selbstorganisation in ihren Häusern, besonders im Wohnbereich, aber nicht darauf beschränkt. Die Genossenschaft legt dabei besonders Wert auf Dezentralität und Selbstverwaltung, um Bürokratisierungstendenzen zu vermeiden. Privateigentum an Grund und Wohnraum soll dauerhaft zugunsten einer gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung ausgeschlossen werden. Die Genossenschaft versteht sich als Teil einer Bewegung, die das Recht auf Stadt verwirklichen will - für alle.

§ 2 Name, Sitz

- (1) Die Genossenschaft heißt SoWo Leipzig eG.
- (2) Der Sitz der Genossenschaft ist Leipzig.

§ 3 Zweck und Gegenstand

- (1) Die Genossenschaft bezweckt die Förderung der Wirtschaft oder des Erwerbs der Mitglieder oder die Förderung der sozialen oder kulturellen Belange der Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes.
- (2) Der Gegenstand der Genossenschaft ist eine dauerhafte, preisgünstige, gute, sichere, sozial und ökologisch verantwortliche Wohnraumversorgung. Die Genossenschaft kann dazu Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, und betreuen, beispielsweise Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbetreibende. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.
- (3) Bei der Bewirtschaftung werden Formen der Selbstverwaltung realisiert.
- (4) Eine Veräußerung genossenschaftlichen Eigentums findet ausschließlich an Hausgruppen und Träger statt, deren Rechtsgestaltung die private Gewinnerzielung aus Erwerb und Veräußerung von Immobilien ausschließt.
- (5) Geschäfte mit Nichtmitgliedern sind zulässig.
- (6) Die Genossenschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen, wenn dies der Förderung der Mitglieder dient.
- (7) Die Rechte von Bestandsmieter_innen und Nutzer_innen, die in von der Genossenschaft zu übernehmenden Häusern schon vor der Übernahme wohnen, bleiben unberührt.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Zum Erwerb der Mitgliedschaft bedarf es einer unbedingten schriftlichen Beitrittserklärung, über die der Vorstand zusammen mit dem Aufsichtsrat entscheidet.
- (2) Mitglieder in der Genossenschaft können werden:
 - a) natürliche Personen
 - b) juristische Personen .
- (3) Die Mitgliedschaft endet durch
 - a) Kündigung,

- b) Übertragung des gesamten Geschäftsguthabens,
- c) Tod, bzw. Auflösung einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft oder
- d) Ausschluss

§ 5 Projekte

Projekte sind Vereinigungen von nutzenden Mitgliedern in einer wirtschaftlich abgeschlossenen Einheit, insbesondere Hausgemeinschaften. Was eine wirtschaftlich abgeschlossene Einheit ist, wird durch eine zwischen der Organisationseinheit und der Genossenschaft getroffenen Projektvereinbarung geregelt.

§ 6 Investierende Mitglieder

Mit Zustimmung des Aufsichtsrats ist die Aufnahme investierender Mitglieder zulässig. Der Mindestzinssatz beträgt 0,5 %. Muss die Zinszahlung wegen § 21a Abs. 2 GenG in einem Geschäftsjahr ganz oder teilweise ausgesetzt werden, so ist dieser Umstand bei der Festsetzung des Zinssatzes in den Folgejahren im Rahmen des § 21a Abs. 2 GenG zu berücksichtigen.

§ 7 Geschäftsanteil, Nachschusspflicht, Eintrittsgeld

- (1) Der Geschäftsanteil beträgt 100 €. Er ist sofort in voller Höhe einzuzahlen. Für die Hälfte des Geschäftsanteils kann der Vorstand Ratenzahlung binnen zwei Jahren zulassen.
- (2) Die Mitglieder können bis zu 500 Geschäftsanteile übernehmen.
- (3) Die Generalversammlung kann eine Richtlinie aufstellen, wonach die Nutzung von Wohnraum und/oder Geschäftsraum abhängig gemacht wird von der Beteiligung mit weiteren Anteilen. Dabei kann je nach Förderart des Wohnraumes und/oder Geschäftsraumes eine unterschiedliche Anzahl festgelegt werden. Über die wohn- und nutzflächenbezogenen Anteile kann der Vorstand Ratenzahlung binnen eines Jahres zulassen. Der Vorstand ist verpflichtet bei Abschluss von Nutzungsverträgen die entsprechenden Anteile vertraglich zu vereinbaren.
- (4) Der Vorstand kann eine Nutzung ohne die nach Abs. 3 erforderlichen Anteile zulassen, wenn andere Mitglieder eine entsprechende Anzahl freiwilliger Anteile (individuell oder allgemein) als Ersatz für die Anteile nach Abs.3 zur Verfügung stellen und einen unwiderruflichen Verzicht auf die Teilkündigung nach § 67b GenG erklären (Solidaritätsanteil).
- (5) Die Mitglieder sind nicht zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet.
- (6) Durch Beschluss der Generalversammlung kann ein Eintrittsgeld festgelegt werden, das den Rücklagen zugeführt wird.
- (7) Die Genossenschaft ist berechtigt, laufende Beiträge der Mitglieder zu erheben. Die Generalversammlung beschließt eine Gebührenordnung über laufende Beiträge für Leistungen, die die Genossenschaft erbringt oder bereit stellt.

§ 8 Solidarfonds

Es kann ein Solidarfonds errichtet werden. Näheres regelt eine von der Generalversammlung zu beschliessende Richtlinie.

§ 9 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt,
 - a) die Leistungen der Genossenschaft zu nutzen,
 - b) an der Generalversammlung teilzunehmen,

- c) rechtzeitig vor Feststellung des Jahresabschlusses durch die Generalversammlung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft Einsicht in den Jahresabschluss, Lagebericht (soweit gesetzlich erforderlich) und den Bericht des Aufsichtsrats zu nehmen oder auf ihre Kosten eine Abschrift des Jahresabschlusses, des Lageberichts (soweit gesetzlich erforderlich) und des Berichts des Aufsichtsrats zu verlangen,
 - d) auf der Generalversammlung Einsicht in das zusammengefasste Prüfungsergebnis zu nehmen,
 - e) sich an Verlangen von einem Zehntel der Mitglieder auf Einberufung der Generalversammlung oder Ankündigung von Beschlussgegenständen zu beteiligen,
 - f) das Protokoll der Generalversammlung einzusehen und
 - g) die Mitgliederliste einzusehen.
- Das Recht auf Nutzung einer Genossenschaftswohnung steht ebenso, wie die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, vorrangig Mitgliedern zu.
- (2) Die Mitglieder sind verpflichtet,
- a) die auf den Geschäftsanteil vorgeschriebenen Einzahlungen zu leisten,
 - b) die Interessen der Genossenschaft nach Kräften zu fördern,
 - c) die Satzung der Genossenschaft einzuhalten und die von den Organen der Genossenschaft gefassten Beschlüsse auszuführen,
 - d) die Einrichtungen der Genossenschaft in angemessenem Umfang zu nutzen und
 - e) eine Änderung ihrer Anschrift mitzuteilen.

§ 10 Kündigung

Die Frist für die Kündigung der Mitgliedschaft oder einzelner, freiwilliger Anteile beträgt zwei Jahre zum Schluss des Geschäftsjahres. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Sie muss spätestens am letzten Tage des Geschäftsjahres, in dem sie ausgesprochen wird, der Genossenschaft zugegangen sein.

§ 11 Übertragung des Geschäftsguthabens

Jedes Mitglied kann sein Geschäftsguthaben jederzeit durch schriftliche Vereinbarung einem anderen ganz oder teilweise übertragen und hierdurch seine Mitgliedschaft ohne Auseinandersetzung beenden oder die Anzahl seiner Geschäftsanteile verringern, sofern der Erwerber Mitglied der Genossenschaft wird oder bereits ist und das zu übertragende Geschäftsguthaben zusammen mit dem bisherigen Geschäftsguthaben den Gesamtbetrag der Geschäftsanteile, mit denen der Erwerber beteiligt ist oder sich zulässig beteiligt, nicht überschritten wird.

§ 12 Tod / Auflösung einer juristischen Person oder Personengesellschaft

(1) Stirbt ein Mitglied, so geht die Mitgliedschaft auf die Erben über. Lebten die Erben zum Zeitpunkt des Erbfalles mit dem Erblasser in häuslicher Gemeinschaft, so wird die Mitgliedschaft über das Ende des Geschäftsjahres hinaus fortgesetzt, andernfalls endet die Mitgliedschaft mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Erbfall eingetreten ist. Erfüllen mehrere Erben die Voraussetzung, so haben diese binnen einer Frist von sechs Monaten nach dem Erbfall einen Erben zu benennen, der die Mitgliedschaft alleine fortsetzt. Erfolgt die Bestimmung nicht innerhalb von sechs Monaten, so scheiden die Erben zum Schluss des Geschäftsjahres aus, in dem die Erklärungsfrist endet.

(2) Wird eine juristische Person oder eine Personengesellschaft aufgelöst oder erlischt sie, so endet die Mitgliedschaft mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem die Auflösung oder das Erlöschen wirksam geworden ist. Im Falle der Gesamtrechtsnachfolge wird die Mitgliedschaft bis zum Schluss des Geschäftsjahres durch den Gesamtrechtsnachfolger fortgesetzt.

§ 13 Ausschluss

(1) Mitglieder können zum Schluss eines Geschäftsjahres ausgeschlossen werden, wenn

- a) sie die Genossenschaft schädigen,
- b) sie die gegenüber der Genossenschaft bestehenden Pflichten trotz Mahnung unter Androhung des Ausschlusses nicht erfüllen,
- c) die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft nicht bestanden oder nicht mehr bestehen,
- d) sie unter der der Genossenschaft bekannt gegebenen Anschrift dauernd nicht erreichbar sind.

(2) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand nach Beratung mit dem Aufsichtsrat. Das Mitglied muss vorher angehört werden, es sei denn, dass der Aufenthalt eines Mitgliedes nicht ermittelt werden kann. Der Beschluss, durch den das Mitglied ausgeschlossen wird, ist dem Mitglied vom Vorstand unverzüglich durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Bei Ausschlüssen nach Absatz 1, lit.d wird der Ausschluss in geeigneter Weise entsprechend § 29 bekannt gegeben. Das Mitglied verliert ab dem Zeitpunkt der Absendung der Mitteilung oder der Bekanntgabe das Recht auf Teilnahme an der Generalversammlung sowie seine Mitgliedschaft im Vorstand oder Aufsichtsrat.

(3) Gegen den Ausschlussbeschluss des Vorstands kann binnen sechs Wochen nach Absendung schriftlich gegenüber dem Aufsichtsrat Widerspruch eingelegt werden (Ausschlussfrist). Das Mitglied erhält die Möglichkeit sich auf der nächsten Generalversammlung zu dem Ausschluss zu äußern. Die Generalversammlung kann daraufhin die Ausschlussentscheidung aufheben.

(4) Über Ausschlüsse von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern entscheidet die Generalversammlung.

§ 14 Auseinandersetzung / Mindestkapital

(1) Das Ausscheiden aus der Genossenschaft hat die Auseinandersetzung zwischen dem ausgeschiedenen Mitglied bzw. dessen Erben und der Genossenschaft zur Folge. Die Auseinandersetzung unterbleibt im Falle der Übertragung von Geschäftsguthaben.

(2) Die Auseinandersetzung erfolgt aufgrund des von der Generalversammlung festgestellten Jahresabschlusses. Das nach der Auseinandersetzung sich ergebende Guthaben ist dem Mitglied binnen sechs Monaten nach seinem Ausscheiden auszuführen. Auf die Rücklagen und das sonstige Vermögen der Genossenschaft hat das ausgeschiedene Mitglied keinen Anspruch.

(3) Die Generalversammlung kann beschließen, dass beim Auseinandersetzungsguthaben Verlustvorträge anteilig abgezogen werden.

(4) Bei der Auseinandersetzung gelten 20 % der in der Bilanz ausgewiesenen Sachanlagen der Genossenschaft als Mindestkapital der Genossenschaft, das durch die Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens von Mitgliedern, die ausgeschieden sind

oder die einzelne Geschäftsanteile gekündigt haben, nicht unterschritten werden darf. Würde das Mindestkapital durch die Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens unterschritten, so ist die Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens des das Mindestkapital unterschreitenden Betrages ausgesetzt, das Auseinandersetzungsguthaben aller ausscheidenden Mitglieder wird anteilig gekürzt. Wird das Mindestkapital wieder überschritten, werden die ausgesetzten Auseinanderguthaben zur Auszahlung fällig. Die Auszahlung erfolgt dann jahrgangsweise.

(5) Die Auseinandersetzung mit der Genossenschaft erfolgt unbeschadet einer eventuell notwendig werdenden Auseinandersetzung mit dem Wohnprojekt.

§ 15 Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung wird durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Mitglieder in Textform mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung einberufen. Die Einladung beinhaltet die Tagesordnung. Die Generalversammlung wird durch den Vorstand einberufen, der Aufsichtsrat kann die Generalversammlung einberufen, wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich ist.

(2) Jede ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung ist beschlussfähig, wenn a) mindestens ein Fünftel aller Mitglieder anwesend ist, die nicht zuvor in Schriftform auf ihr Stimmrecht verzichtet haben und b) aus jedem Projekt gemäß § 5 mindestens ein Mitglied anwesend ist. Durch Stimmrechtsvollmacht vertretene Mitglieder zählen als anwesend. Wird die Mindestzahl nach Satz 1 verfehlt, so ist unverzüglich eine weitere Generalversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf Satz 1 beschlussfähig ist. Die Einladung zu dieser weiteren Generalversammlung darf frühestens am Tag nach und muss bis spätestens 3 Wochen nach der ersten Generalversammlung versendet werden, die wegen Nichterreicherung der Mindestzahl der anwesenden Mitglieder nicht beschlussfähig war.

(3) Die Generalversammlung bestimmt die Versammlungsleitung auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

(4) Die Beschlüsse werden gem. § 47 GenG protokolliert.

(5) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Investierende Mitglieder haben kein Stimmrecht.

(6) Die Mitglieder können schriftlich Stimmrechtsvollmacht erteilen. Der/die Bevollmächtigte muss Mitglied der Genossenschaft sein. Kein Bevollmächtigter darf mehr als zwei Mitglieder vertreten.

(7) Wer durch einen Beschluss entlastet oder von einer Verbindlichkeit befreit werden soll, darf nicht mitstimmen. Das gleiche gilt, wenn die Genossenschaft gegen sie/ihn einen Anspruch geltend machen will. Für Bevollmächtigte gilt dasselbe bezüglich des vertretenen Mitglieds.

(8) Die Generalversammlung beschließt mit Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen bleiben unberücksichtigt. Bei Beschlüssen, die nach Gesetz eine Dreiviertelmehrheit erfordern, beschließt die Generalversammlung mit 90 % der abgegebenen Stimmen. Beschlüsse zur Änderung des § 26 Abs. 2 und des § 27 dieser Satzung sind einstimmig zu fassen. Gibt es bei einer Wahl mehr Bewerber als Mandate vorhanden sind, so hat jeder Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. Es sind diejenigen Bewerber gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen (relative Mehrheit).

(9) Die Geschäftsordnung bestimmt Näheres.

§ 16 Zuständigkeit der Generalversammlung

(1) Die Zuständigkeit der Generalversammlung richtet sich nach dem Gesetz und dieser Satzung.

(2) Die Generalversammlung beschliesst eine Geschäftsordnung, die das Nähere bestimmt. Insbesondere beinhaltet die Geschäftsordnung Regelungen zur Entscheidungsfindung, insbesondere zu Umsetzung und Schranken des Konsensmodells im Einklang mit den Erfordernissen des § 43 Abs.2 Genossenschaftsgesetz.

(3) Die Generalversammlung berät über den Bericht über die gesetzliche Prüfung gemäß § 59 Genossenschaftsgesetz; gegebenenfalls beschließt die Generalversammlung darüber, inwieweit der Bericht wörtlich zu verlesen ist.

(4) Die Zuständigkeit der Generalversammlung wird nicht durch etwaige Regelungen mit einzelnen Projekten berührt.

§ 17 Aufsichtsrat

(1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Generalversammlung bestimmt die Anzahl und wählt die Mitglieder des Aufsichtsrats. Die Generalversammlung fasst einen Beschluss über die Dauer der Amtszeit. Es ist nicht möglich, gleichzeitig dem Vorstand und dem Aufsichtsrat anzugehören.

(2) Er arbeitet ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Generalversammlung kann bei besonderer Inanspruchnahme eine Vergütung beschließen.

(3) Der Aufsichtsrat überwacht die Leitung der Genossenschaft. Er berät, fördert und überwacht den Vorstand in dessen Geschäftsführung. Er berichtet der Generalversammlung. Dienstverträge mit Vorstandsmitgliedern werden vom Aufsichtsrat im Rahmen der durch die Generalversammlung erlassenen Richtlinien abgeschlossen.

§ 18 Arbeitsweise des Aufsichtsrats

(1) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt.

(2) Der Aufsichtsrat soll den Vorstand in der Regel zu seinen Sitzungen einladen. Der Vorstand nimmt an den Sitzungen ohne Stimmrecht teil.

(3) Der Aufsichtsrat hält nach Bedarf, mindestens aber halbjährlich, Sitzungen ab. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, den der Aufsichtsrat aus seiner Mitte wählt, einberufen und geleitet. Der Aufsichtsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrates oder der Vorstand dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen.

(4) Der Aufsichtsrat kann schriftlich, telefonisch und auf elektronischem Wege Beschlüsse fassen, wenn kein Aufsichtsratsmitglied diesem Weg der Beschlussfassung widerspricht.

(5) Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen; insbesondere, um seine Verhandlungen und Beschlüsse vorzubereiten und deren Ausführung zu überwachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können ihre Obliegenheiten nicht an andere Personen übertragen. Der Aufsichtsrat kann sich zur Erfüllung seiner Überwachungspflicht der Hilfe sachverständiger Dritter bedienen.

(6) Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die von zwei Aufsichtsratsmitgliedern zu unterzeichnen sind. Die Vollständigkeit und Verfügbarkeit der Niederschriften ist sicherzustellen.

(7) Näheres regelt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. § 16 Abs.2, S.2 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 19 Sorgfaltspflicht des Aufsichtsrates

Für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder gilt § 21 entsprechend.

§ 20 Vorstand

- (1) Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung. Er hat nur solche Beschränkungen zu beachten, die Gesetz, Generalversammlung und Satzung festlegen. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. § 16 Abs.2, S.2 dieser Satzung gilt entsprechend.
- (2) Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Generalversammlung bestimmt die Anzahl und wählt die Mitglieder des Vorstands. Die Generalversammlung fasst einen Beschluss über die Dauer der Amtszeit. Der amtierende Vorstand bleibt im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt wurde. Über Vergütung der Vorstandsarbeit beschließt die Generalversammlung.
- (3) Der Vorstand kann vorzeitig nur von der Generalversammlung abberufen werden. Der Aufsichtsrat ist befugt, nach seinem Ermessen Mitglieder des Vorstands vorläufig, bis zur Entscheidung der unverzüglich einzuberufenden Generalversammlung, von ihren Geschäften zu entheben.
- (4) Der Vorstand kann auch schriftlich, telefonisch und auf elektronischem Wege Beschlüsse fassen, wenn kein Vorstandsmitglied diesem Weg der Beschlussfassung widerspricht.
- (5) Die Genossenschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten.
- (6) Zur Gesamtvertretung befugte Vorstandsmitglieder können einzelne von ihnen zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften ermächtigen.
- (7) Der Vorstand bedarf der Zustimmung der Generalversammlung für:
 - a) die Richtlinie zur Beteiligung mit weiteren Anteilen (§ 7 Abs.3),
 - b) die Durchführung neuer Projekte bzw. den Bau neuer Objekte,
 - c) die Grundsätze für die Vergabe von Genossenschaftswohnungen und die Nutzung sonstiger Leistungen der Genossenschaft und für die Benutzung von Einrichtungen der Genossenschaft,
 - d) den Erwerb, Verkauf oder die Belastung von Grundstücken und
 - e) Investitionen oder Aufnahme von Krediten ab einer Summe von jeweils 100.000 €.
- (8) Er bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates für
 - a) Investitionen oder Aufnahme von Krediten ab einer Summe von jeweils 10.000 €,
 - b) Abschlüsse von Miet-, Pacht- oder Leasingverträgen, sowie anderen Verträgen mit wiederkehrenden Verpflichtungen mit einer Laufzeit von mehr als 2 Jahren und/oder einer jährlichen Belastung von mehr als 10.000,00 €, die Gründung von Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen,
 - c) das Auslagern von Aufgaben und Tätigkeiten an externe Dienstleister oder Tochtergesellschaften,
 - d) die Erteilung von Prokura,
 - e) die Aufstellung und Änderung der Geschäftsordnung für den Vorstand und
 - f) die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder.
- (9) Der Vorstand hat mit dem Aufsichtsrat den Wirtschafts- und ggf. den Stellenplan zu beraten. Er hat dem Aufsichtsrat mindestens vierteljährlich, auf Verlangen oder bei wichtigem Anlass unverzüglich,

über die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaft zu berichten. Dabei muss er auf Abweichungen vom Wirtschafts- und ggf. vom Stellenplan eingehen.

(10) Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat auf Verlangen über die Angelegenheiten der Genossenschaft zu berichten und in den Sitzungen des Aufsichtsrates, zu denen er geladen wird, Auskunft zu erteilen.

(11) Der Vorstand hat der ordentlichen Generalversammlung den Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) sowie einen Lagebericht mit den Bemerkungen des Aufsichtsrats und dessen Bericht vorzulegen.

§ 21 Sorgfaltspflicht des Vorstandes

Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet:

- a) die für einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb notwendigen personellen und sachlichen Maßnahmen rechtzeitig zu planen und durchzuführen; insbesondere hat er einen Finanzierungsplan auf das nächste Geschäftsjahr zu erstellen;
- b) für eine ordnungsgemäße Buchführung und ein zweckdienliches Rechnungswesen zu sorgen;
- c) ein Verzeichnis der Mitglieder zu führen;
- d) spätestens innerhalb von 6 Monaten nach Ende des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Lagebericht aufzustellen und vorzulegen.

§ 22 Gemeinsame Beratungen von Aufsichtsrat und Vorstand

(1) Vorstand und Aufsichtsrat beraten und beschließen in gemeinsamer Sitzung über die in der Satzung geregelten Gegenstände.

(2) Gemeinsame Sitzungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates sollen regelmäßig mindestens vierteljährlich abgehalten werden. Die Sitzungen werden in der Regel auf Vorschlag des Vorstandes von einem Mitglied des Aufsichtsrates einberufen und geleitet.

(3) Zur Beschlussfähigkeit der gemeinsamen Sitzungen ist erforderlich, dass jedes der Organe für sich beschlussfähig ist. Jedes Organ beschließt getrennt. Anträge, deren Annahme nicht jedes der beiden Organe ordnungsgemäß beschließt, gelten als abgelehnt.

(4) § 18 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 23 Grundsätze der Geschäftsführung

(1) Die Organe der Genossenschaft sind verpflichtet, die Kosten der Verwaltung und Geschäftsführung in angemessenen Grenzen zu halten. Die Genossenschaft darf ihren Organen oder Dritten nur solche Entschädigungen oder Vergünstigungen zuwenden, die über die in öffentlichen Betrieben üblichen Beträge nicht hinausgehen.

(2) Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates dürfen in Angelegenheiten der Genossenschaft eine für sie gewinnbringende Tätigkeit nur ausüben, wenn die Generalversammlung dies beschlossen hat.

§ 24 Beiräte

Die Generalversammlung kann die Bildung von Beiräten beschließen, die die Organe beraten. In dem Beschluss ist aufzuführen, wie der Beirat zusammengesetzt ist, mit welchen Themen er sich beschäftigt und welche Aufgaben und Kompetenzen er hat.

§ 25 Gemeinsame Vorschriften für die Organe

(1) Niemand kann für sich oder einen anderen das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er oder das vertretene Mitglied zu entlasten oder von einer Verbindlichkeit zu befreien ist oder ob die Genossenschaft gegen ihn oder das vertretene Mitglied einen Anspruch geltend machen soll.

(2) Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die die Interessen eines Organmitglieds, seines Ehegatten, seiner Eltern, Kinder und Geschwister oder von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, so darf das betreffende Mitglied an der Beratung nicht teilnehmen. Das Mitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

§ 26 Gewinnverteilung, Verlustdeckung, Rückvergütung und Rücklagen

(1) Über den bei der Feststellung des Jahresabschlusses sich ergebenden Gewinn oder Verlust des Geschäftsjahres entscheidet die Generalversammlung. Die Generalversammlung kann einen Verlust aus Rücklagen decken, auf neue Rechnung vortragen oder auf die Mitglieder verteilen. Bei einem Gewinn kann sie diesen in die gesetzliche Rücklage, freie Rücklage einstellen oder auf neue Rechnung vortragen.

(2) Eine Auszahlung von Gewinnen erfolgt nicht.

(3) Der gesetzlichen Rücklage sind mindestens 20% des Jahresüberschusses zuzuführen, bis mindestens 100% der Summe der Geschäftsanteile erreicht sind.

(4) Die Mitglieder haben Anspruch auf die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates beschlossene Rückvergütung.

(5) Ansprüche auf Auszahlung von Rückvergütungen und Auseinandersetzungsguthaben verjähren in zwei Jahren ab Fälligkeit. Die Beträge werden den Rücklagen zugeführt.

§ 27 Auflösung und Abwicklung

(1) Für Auflösung und Abwicklung gelten die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, sofern die Satzung nichts Abweichendes regelt.

(2) Die Auflösung bedarf der Zustimmung aller Mitglieder.

(3) Bei der Verteilung des Genossenschaftsvermögens erhalten die Genossinnen/ Genossen nicht mehr als ihre eingezahlten Geschäftsanteile.

(4) Verbleibt bei der Abwicklung ein Restvermögen, so ist es Organisationen mit ähnlichen Zielen zu übertragen, und zwar zu gleichen Teilen:

- Stiftung für dissidente Subsistenz mit Sitz in Berlin
- Alternative Wohngenossenschaft Connewitz eG (Gen.-R. 439) mit Sitz in Leipzig
- Mietshäuser Syndikat GmbH mit Sitz in Freiburg

Bestehen zum Zeitpunkt der Auflösung alle Organisationen nicht mehr, sind die Zuwendungen an Organisationen mit ähnlichen Zielsetzungen zu erbringen. Hierüber beschliesst die Generalversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats von dem auch abgewichen werden kann.

§ 28 Änderung der Satzung bei Gründung

Im Gründungsstadium durch den Prüfungsverband oder das Registergericht aufgetragene Änderungen können mit der drei Viertel Mehrheit der Unterzeichneten der Gründungssatzung angenommen

werden. Im Falle der §§ 26 Abs.2 und 27 ist Einstimmigkeit erforderlich.

§ 29 Bekanntmachungen

Bekanntmachungen, deren Veröffentlichung vorgeschrieben ist, erfolgen unter der Firma der Genossenschaft in der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig, den 27.04.2017